

Freie Wohlfahrtspflege: Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum

Im Expertengespräch stellt sie große Familien, junge Erwachsene, Alleinerziehende und Menschen mit niedrigem Einkommen als besonders betroffene Gruppen dar

Harald Meyer

Peine. Deutliche Worte findet Heike Horrmann-Brandt: „In den vergangenen Jahren sind keine Sozialwohnungen im Landkreis Peine – auch nicht im Stadtgebiet – gebaut worden“, erinnert die Geschäftsführerin des Paritätischer Wohlfahrtsverbands im Kreisverband Peine als Vorsitzende der Kreisarbeitsgemeinschaft (KAG) der Freien Wohlfahrtspflege. Zu einem Expertengespräch über Wohnen und Energie traf sich die KAG mit Vertretern aus Politik, Verwaltung, Peiner Stadtwerke und Wohnungsbau.

Nach den Worten von Heike Horrmann-Brandt hat sich die Situ-



Zum Expertengespräch traf sich die KAG mit Vertretern aus Politik, Verwaltung, Stadtwerke und Wohnungsbau.

KAG PEINE

ation seit dem vergangenen Jahr im Februar noch einmal verschärft: „Zum einen benötigen wir mehr Wohnraum, zum anderen sind die Energiekosten stark gestiegen.“ Be-

sonders betroffen seien große Familien, junge Erwachsene, alleinerziehende Eltern und Menschen mit niedrigem Einkommen und Renten oder Sozialleistungen; aber auch

barrierefreier Wohnraum sei nur schwer zu finden. Viele Mieter könnten ihre steigenden Wohn- und Energiekosten nicht mehr bezahlen – dazu berichteten Bärbel Schuster (Ambulante Hilfen Peine), Nils Sauerborn (Strom-Spar-Check) und Heike Horrmann-Brandt aus der Beratungsstelle JUNGregio. Auch statistisch lasse sich die große Not im Kreisgebiet belegen: „Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen liegt im Landkreis mit 18,5 Prozent über dem niedersächsischen Durchschnitt.“

Im KAG-Expertengespräch verlangen die Vertreter sowohl kurzfristige Lösungen für die aktuellen Nöte als auch langfristige Konzepte

für bezahlbaren, menschenwürdigen Wohnraum. Dringend erforderlich sei ein Härtefallfonds für den Landkreis, um das Sperren von Strom- und Gaslieferungen für Mieter zu verhindern. Des Weiteren brauche es zukunftsträchtige Wohnkonzepte – und zwar jenseits von sozialem Wohnungsbau in ghettoisierten Wohneinheiten wie in den 1970er-Jahren. „Auch das massive Problem des Wohnungsleerstands muss endlich angegangen werden – hier sollten die rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden, um Wohneigentümer zu einer sachgerechten Verwendung des Wohnraums zu motivieren“, setzt die KAG-Vorsitzende hinzu: „Eine Stär-

kung des sozialen Wohnungsbaus unter besonderer Berücksichtigung der gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbauvereinigungen sollte ein weiterer Baustein der Lösung sein.“

Zu einer menschenwürdigen und attraktiven Kommune gehört aber laut der KAG mehr als ausreichender Wohnraum: Es müssten auch Orte der Begegnung und des sozialen Miteinanders geschaffen werden, an denen sich Menschen ohne zusätzliche Kosten treffen könnten. Heike Horrmann-Brandt: „Das Land und die Kommunen müssen sich verstärkt ihrer Verantwortung als Anbieter günstiger öffentlicher Wohnungen bewusst werden.“